
Jahresziele und Projekte 2009 der Bildungs- und Kulturdirektion

Altdorf, 28. Januar 2009

ÜBERSICHT

durch anklicken gelangen Sie auf das entsprechende Ziel

ÜBERGREIFENDES	4
MY TOP JOB	4
ERARBEITEN EINES BERICHTES ZUR VOLKSSCHULE URI IM JAHR 2016	4
DIREKTIONSSEKRETARIAT	5
ABSTIMMUNG ÜBER DIE ABSCHAFFUNG DER BEITRÄGE AN REISEKOSTEN FÜR LERNENDE MIT AUSSERKANTONALEM SCHULORT.	5
BEITRAG DES KANTONS URI AN DEN NEUBAU DER THERAPIESTELLE	5
MODERNISIERUNG DER ERHEBUNGEN IM BILDUNGSBEREICH - UMSETZUNG IM KANTON URI	5
VOLKSSCHULE	6
NEUAUSRICHTUNG DER SCHULAUF SICHT UND EINFÜHRUNG DER EXTERNEN SCHULEVALUATION	6
BEITRITT ZUM KONKORDAT HARMOS - ÄNDERUNG DES SCHULGESETZES	6
BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG VOM ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER SONDERPÄDAGOGIK (SONDERPÄDAGOGIK KONKORDAT)	7
AUSARBEITUNG EINES KANTONALEN SONDERPÄDAGOGIKKONZEPTES	7
GESUNDHEITSFÖRDERUNG AN DER URNER VOLKSSCHULE	8
GEMEINDEÜBERGREIFENDE TAGESSCHULE	8
UNTERSTÜTZUNG DES AUFBAUES DES SCHULNETZ URI	9
BERUFSBILDUNG UND MITTELSCHULEN	10
CASE MANAGEMENT BERUFSBILDUNG	10
EINFÜHRUNG NEUER BERUFE	10
UMSETZUNG DER VERORDNUNG ÜBER DIE BERUFS- UND WEITERBILDUNG BWV	11
EINFÜHRUNG DER QUALICARTE ZUR DOKUMENTATION DER QUALITÄTSENTWICKLUNG IN DEN LEHRBETRIEBEN	12
BERUFS-, STUDIEN- UND LAUFBAHNBERATUNG	12
SPORTFÖRDERUNG	13
UMSETZUNG J+S-KIDS IN SCHULEN UND VEREINEN	13
NEUES KONZEPT ERWACHSENENSSPORT IM KANTON URI	13
KULTURFÖRDERUNG	14
WEITERFÜHRUNG VON PROGRAMMVEREINBARUNGEN MIT URNER KULTURBETRIEBEN	14
JUGENDPOLITIK	15

WEITERFÜHRUNG DER KINDERSCHUTZKAMPAGNE ZUR PRÄVENTION VON SEXUELLER GEWALT AN KINDERN	15
ERARBEITEN VON RECHTLICHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE KINDER- UND JUGENDFÖRDERUNG	15
STAATSARCHIV	17
AUSBAU DER KUNDENDATENBANK	17
RECORDS MANAGEMENT IM RAHMEN DER GEKO	17
ABLÖSUNG ALTER VIDEOFORMATE	18

Übergreifendes

MY TOP JOB

[Zurück zur Übersicht](#)

Auch im Kanton Uri richtet sich die Berufswahl junger Frauen noch immer mehrheitlich nach traditionellen Rollenbildern. Die Schulabgängerinnen wählen zudem aus einem sehr engen Spektrum von Berufen. Damit sind verschiedene Probleme verknüpft:

- Junge Frauen haben beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufslehre viel häufiger Probleme als junge Männer, da das Lehrstellenangebot in den traditionell von jungen Frauen nachgefragten Berufen bedeutend kleiner ist als in den übrigen Berufsfeldern.
- Junge Frauen, welche ihre Berufswahl nach den traditionellen Mustern ausrichten, riskieren, dass sie im späteren Berufsleben bedeutend weniger verdienen, häufiger arbeitslos werden und oft auch geringere Karrierechancen haben.

Mit einer breit angelegten Kampagne soll das Berufswahlverhalten der jungen Frauen in der Richtung verändert werden, dass sie vermehrt aus dem gesamten Spektrum Berufe wählen.

Stand

Die Kampagne wurde am 18. September 2008 mittels einer Pressekonferenz erfolgreich lanciert. Am 13. November machte der Kanton Uri offiziell mit beim nationalen Tochtertag. Zum Start der Kampagne wurde eine Plakatserie mit Portraits von jungen Urner Berufsfrauen in geschlechtsuntypischen Berufen produziert. Die Lehrpersonen und Lehrbetriebe wurden mit speziellen Veranstaltungen über die Kampagne informiert.

Nächste Schritte

Geplant sind unter anderem folgende Aktivitäten: Produktion der 2. Staffel der Portraits von Lernenden, ETH-Tag an der Mittelschule, Theaterproduktion zum Thema, Aushang von Plakaten im öffentlichen Raum.

Ziel bis Ende Jahr

Die Kampagne ist gemäss Konzept weitergeführt worden.

Erarbeiten eines Berichtes zur Volksschule Uri im Jahr 2016

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit dem Konkordat HarmoS und der NFA wird für die Volksschule auf schweizerischer und kantonaler Ebene ein neuer Rahmen gesetzt. Wie soll sich die Volksschule im Kanton Uri unter diesem neuen Rahmen weiterentwickeln? Gemeinsam mit allen an der Schule Interessierten wird ein Bericht erarbeitet, der aufzeigt, wie die Volksschule Uri im 2016 aussehen könnte.

Stand

Die Projektgruppe wurde am 20. Juli 2008 gewählt. Die 1. Sitzung fand am 16. September 2008 statt. Die Projektgruppe arbeitet nach Plan.

Nächste Schritte

Die Projektgruppe erarbeitet den Bericht. Die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) erarbeitet eine Analyse.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektphase 1 ist abgeschlossen, der Bericht erstellt, sodass im 2010 die Diskussion über den Bericht im Rahmen einer breiten Vernehmlassung lanciert werden kann.

Abstimmung über die Abschaffung der Beiträge an Reisekosten für Lernende mit ausserkantonalem Schulort.

[Zurück zur Übersicht](#) Der Landrat beschloss am 3. September 2008 die Beiträge an die Fahrtauslagen abzuschaffen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Stand

Das Referendum ist zustande gekommen. Die Vorlage an den Landrat ist erarbeitet.

Nächste Schritte

Der Landrat befasst sich mit dem Referendum an seiner Sitzung vom 4. März 2009.

Ziel bis Ende Jahr

Die Volksabstimmung soll am 17. Mai 2009 stattfinden.

Beitrag des Kantons Uri an den Neubau der Therapiestelle

[Zurück zur Übersicht](#) Die Therapiestelle des Heilpädagogischen Zentrums Uri (HPZ) ist heute dezentral an drei Orten untergebracht. Die Räumlichkeiten entsprechen zudem teilweise den Anforderungen an ein behinderten gerechtes Bauen in keiner Weise. Die Therapiestelle soll deshalb in einem Neubau in unmittelbarer Nähe zur Sonderschule Uri untergebracht werden.

Stand

Der Projektwettbewerb ist abgeschlossen. Das Projekt wird ausgearbeitet.

Nächste Schritte

Die Vorlage an den Landrat und für die Volksabstimmung wird vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Die Vorlage soll dem Landrat für die Session vom 17. Juni 2009 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Volksabstimmung soll am 27. September 2009 stattfinden.

Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich - Umsetzung im Kanton Uri

[Zurück zur Übersicht](#) Schon seit Längerem arbeitet das Bundesamt für Statistik an der Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich. Ziel dieses Projektes ist es, die verschiedenen heute durchgeführten Erhebungen zu koordinieren und damit besser aufeinander abzustimmen. Kernelemente sind die Einführung der Individualstatistik für die Schülerinnen und Schüler indem hier die neue AHV Nummer als Identifikator eingesetzt wird. Auch die Erhebung der Daten für die Lehrpersonen erfolgt auf Basis einer Individualstatistik.

Stand

Die BKD hat die Daten für die Statistik der Schülerinnen und Schüler für das Schuljahr 2008/09 erstmals in elektronischer Form erhoben und auch so an das Bundesamt für Statistik abgeliefert.

Nächste Schritte

Die Gemeinden werden angeschrieben und über das Projekt informiert. Die Projektgruppe wird gewählt.

Ziel bis Ende Jahr

Mit dem Projekt werden folgende Ziele verfolgt:

- Es sind die Grundlagen geschaffen, dass alle Schulen die Daten der Schülerinnen und Schüler in der geforderten Form an die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) abliefern können.
- Alle Volksschulen verwenden das Programm Campus.
- Es ist geprüft, ob die Kantonalen Schulen in naher Zukunft eine einheitliche Schulverwaltungssoftware einsetzen wollen.
- Die schriftliche Publikation der Bildungs- und Beratungsstatistik ist überarbeitet.

Volksschule

Neuausrichtung der Schulaufsicht und Einführung der externen Schulevaluation

[Zurück zur Übersicht](#) Die einzelnen Volksschulen sind daran im Rahmen des Konzeptes Qualitätsentwicklung ein schulinternes Qualitätsmanagement einzuführen. Diese Ausgangslage und die Einführung der Schülerpauschale im Zusammenhang mit NFA zwingen den Kanton neu festzulegen, wie er die Volksschule führen und steuern soll (Bereiche und Instrumente). Die zukünftige Rolle der Schulaufsicht und der externen Schulevaluation sind zu klären und die externe Evaluation ist einzuführen.

Stand

Ein entsprechender Bericht wurde in eine Vernehmlassung gegeben. Die Vernehmlassung ist ausgewertet und die Vorlage für den Landrat ausgearbeitet.

Nächste Schritte

Der Landrat beschliesst über die Vorlage am 11. Februar 2009.

Ziel bis Ende Jahr

Die Planung zur Einführung der externen Evaluation auf das Schuljahr 2010/11 liegt vor.

Beitritt zum Konkordat HarmoS - Änderung des Schulgesetzes

[Zurück zur Übersicht](#) Die Plenarversammlung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 14. Juni 2007 die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Konkordat HarmoS) beschlossen und zur Ratifizierung in den Kantonen frei gegeben. Das Konkordat HarmoS hat für den Kanton Uri wichtige Konsequenzen, indem bei einem Beitritt der Besuch des Kindergartens während zweier Jahre obligatorisch wird und damit das Einschulungsalter gegenüber heute mit dem freiwilligen Kindergartenbesuch um zwei Jahre vorverlegt wird.

Stand

Die breite Vernehmlassung zur notwendigen Anpassung des Schulgesetzes ist bis 15. Februar 2009 im Gange. Siehe [Vernehmlassungsunterlagen](#).

Nächste Schritte

Das Ergebnis der Vernehmlassung wird ausgewertet und der Bericht an den Landrat ausgearbeitet. Der Landrat soll an seiner Sitzung vom 13. Mai 2009 über den Beitritt zu HarmoS und die Änderung des Schulgesetzes befinden.

Ziel bis Ende Jahr

Die Volksabstimmung zur Änderung des Schulgesetzes ist durchgeführt.

Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung vom über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik Konkordat)

[Zurück zur Übersicht](#)

Auf den 1. Januar 2008 ist der NFA auf Bundes- und Kantonsebene in Kraft getreten. Damit hat sich die IV aus der Finanzierung der Sonderschulung (Sonderpädagogik) zurückgezogen. Die Sonderschulung wird Teil der Volksschule. Die Kantone sind allein für die Finanzierung und Durchführung der Sonderschulung verantwortlich. Mit dieser Änderung der Zuständigkeit besteht die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler, die einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung haben, nicht in allen Kantonen gleich behandelt werden. Um dies zu verhindern hat die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine Vereinbarung erarbeitet. Die Plenarversammlung vom 25. Oktober 2007 hat die Vereinbarung zur Ratifizierung in den Kantonen frei gegeben. Mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik Konkordat) wird erreicht, dass nach dem Rückzug der IV aus der Finanzierung der Sonderschulung, Angebot, Qualität, Anspruchsberechtigung und Verfahren in den einzelnen Kantonen ein vergleichbares Niveau erreichen.

Stand

Erste Arbeiten für das Erstellen des Berichts und Antrags an den Landrat sind geleistet.

Nächste Schritte

Der Bericht an den Landrat wird ausgearbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Der Landrat soll an seiner Sitzung vom 13. Mai 2009 über den Beitritt zu Sonderpädagogik Konkordat befinden.

Ausarbeitung eines kantonalen Sonderpädagogikkonzeptes

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet die Kantone, "soweit dies möglich ist und dem Wohle des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient", behinderte Kinder und Jugendliche integrativ in der Regelklasse zu schulen. Mit Einführung der NFA ab 1. Januar 2008 hat sich die Invalidenversicherung (IV) aus der Sonderschulung zurückgezogen. Der Kanton hat nun die volle fachliche und finanzielle Verantwortung in diesem Bereich übernommen.

Die Kantone haben während der Übergangsfrist (1.1.2008 bis 1.1.2011) das bisherige IV-Angebot in Qualität und Umfang zu gewährleisten. In dieser Frist muss das kantonale Recht angepasst werden und bis zum Jahre 2011 das Konzept über die Sonderpädagogik entwickelt werden.

Der Erziehungsrat hat eine Projektgruppe für die Ausarbeitung des Sonderpädagogikkonzeptes eingesetzt. Die Projektgruppe hat Richtlinien zur Sonderpädagogik von Kindern und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren ausgearbeitet sowie einen Kommentar dazu verfasst. Der Erziehungsrat hat

die Richtlinien an der Sitzung vom 2. Juli 2008 verabschiedet und auf den 1. August 2008 in Kraft gesetzt.

Mit der Verordnung über das sonderpädagogische Angebot im Kanton Uri (RB 10.1611) und den Richtlinien zur Sonderpädagogik von Kindern und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren (ERB vom 2. Juli 2008) hat der Kanton nun die notwendigen Grundlagen für die Übernahme der vollen fachlichen und finanziellen Verantwortung im Bereich der Sonderpädagogik geschaffen.

Stand

Die Richtlinien werden in der Praxis angewendet und Erfahrungen gesammelt.

Nächste Schritte

Im Verlaufe des Jahres wird die Planung des Konzeptes zur Sonderpädagogik (basierend auf den Richtlinien zur Sonderpädagogik) an die Hand genommen.

Ziel bis Ende Jahr

Die Planung des Konzeptes zur Sonderpädagogik liegt vor und die Erfahrungen mit der Anwendung der Richtlinien sind ausgewertet.

Gesundheitsförderung an der Urner Volksschule

2008 genehmigte der Erziehungsrat das Konzept Ernährung und Bewegung. Es wird in den Schuljahren 2009 - 2012 an der Urner Volksschule umgesetzt. Das Konzept ermöglicht der Schule eine für sie massgeschneiderte Umsetzung des Konzeptes in den Bereichen Ernährung und Bewegung.

Stand

Die Schulleitungen sind ins Konzept eingeführt und übernehmen an ihrer Schule die operative Führung. Die Schulen werden durch die Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention Uri und das Amt für Volksschulen in der Konzeptumsetzung begleitet. Anfangs Januar 2009 wird die Broschüre mit Angabe zu einzelnen Projekten, welche von den Schulen gebucht werden können, an die Schulteams abgegeben. Im Sommer 2009 ist der Projektstart.

Nächste Schritte

- Planung des Anmeldeverfahrens
- Erarbeiten eines Holangebots, welches die Schulen zur Weiterbildung buchen können.

Ziel bis Ende Jahr

Der Projektstart ist gelungen und die Umsetzung an den Urner Volksschulen läuft.

Gemeindeübergreifende Tagesschule

2007 beantwortete der Regierungsrat das Postulat von Landrat Othmar Arnold, Bürglen, zur Schaffung von Tagesschulen. Der Regierungsrat will die Einrichtung einer gemeindeübergreifenden Tagesschule prüfen. Der Erziehungsrat hat ein Mandat zur Ausarbeitung eines Berichtes mit Konzept erteilt und eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Stand

Die Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit aufgenommen und erste Berichtsteile erarbeitet.

Nächste Schritte

- Die Arbeitsgruppe besichtigt eine "klassische" Tagesschule.
- Sie treibt die Arbeiten am Konzept so weit voran, dass an der Schulpräsidienkonferenz 2009 ein Zwischenbericht diskutiert werden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Bericht und Konzept liegen fertig vor.

Unterstützung des Aufbaues des Schulnetz Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Einführung des neuen „Ergänzungs-Lehrplans ICT“ auf das Schuljahr 2010/2011 stellt die Urner Volksschulen vor eine beachtliche neue Herausforderung. 14 interessierte Partner (12 Schulen, das Didaktisches Zentrum Uri sowie die Bildungs- und Kulturdirektion Uri mit unterstützender Funktion) haben sich entschlossen, ein kantonales Schulnetz einzuführen.

Rund 3'000 Schulkinder, deren Lehrpersonen, Behörden sollen auf den über 400 im Einsatz stehenden Computern Zugang zu einer gemeinsamen Plattform erhalten. Das Schulnetz kann nach Inbetriebnahme und bei Interesse auf alle Gemeinden ausgedehnt werden.

Das Schulnetz Uri soll eine hohe Verfügbarkeit garantieren und den überwiegenden Teil der Anforderungen abdecken können, welche als Treffpunkte im Lehrplan formuliert sind. Die neue Plattform ist auf die Schülerinnen und Schüler ausgerichtet und soll die Lehrperson in der Unterrichtsgestaltung mit Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) unterstützen.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.schulnetz-uri.ch/>.

Stand

Die Steuergruppe (Vertreter der beteiligten Partner) haben die Projektleitung und die Projektgruppe gewählt.

Nächste Schritte

Umsetzung der geplanten Meilensteine (siehe Website).

Ziel bis Ende Jahr

Das Schulnetz wird auf Beginn des Kalenderjahres 2010 in Betrieb genommen.

Case Management Berufsbildung

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit Case Management will der Bund den Übergang von der Volksschule über die Berufsbildung ins Erwerbsleben verbessern (vgl. Dossier "[Case Management](#)"). Der Kanton Uri ist zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen der Einladung des BBT nachgekommen, ein Rahmenkonzept für die Umsetzung des Case Managements einzureichen. Eine Übersicht über die Situation in den Kantonen finden Sie [hier](#).

Der Regierungsrat hat entschieden, dass im Kanton Uri ein Case Management Berufsbildung gemäss Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) in Zusammenarbeit mit den anderen Zentralschweizer Kantonen umgesetzt werden soll. Die Ziele des Projektes *Case Management Berufsbildung* in Uri sind die folgenden:

- Die Prozessabläufe (insbesondere an den Schnittstellen) sind geklärt, beschrieben und werden von allen beteiligten Institutionen eingehalten.
- Es ist geklärt, zu welchem Zeitpunkt bei welcher Institution die Entscheidungs-, Handlungs- und Steuerungskompetenzen liegen. Die Rollen der einzelnen Akteure sind klar.
- Es findet an der Oberstufe eine frühzeitige Erfassung der Personen statt.
- Die bestehenden Betreuungsangebote arbeiten in jedem Einzelfall optimal zusammen.
- Für Personen, welche durch das Case Management Berufsbildung erfasst wurden, wird eine übergeordnete Fallführung eines Case Managers, einer Case Managerin angeboten, welche die Betreuungsaufgaben und die Massnahmen von der Erfassung, über die Vorbereitung auf die Berufsbildung, die berufliche Grundbildung, den erfolgreichen Lehrabschluss bis zur nachhaltigen Eingliederung in die Arbeitswelt koordiniert. Sie/er führt während des ganzen Prozesses den Fall.

Stand

Das Zentralschweizerische Rahmenkonzept Case Management Berufsbildung ist beim Bund eingereicht. Vorbereitende Workshops mit allen beteiligten Institutionen haben stattgefunden. Die BKD hat einen Projektauftrag erteilt. Die Projektgruppe und die Projektleitung haben die Arbeit aufgenommen. Die Prozesse sind bereinigt, die Rollen der Partner geklärt. Es wurden erstmals gefährdete Personen erfasst. Eine Pilotphase wird eingeschaltet.

Nächste Schritte

Im Jahr 2009 sollen auf der Oberstufe erstmals gefährdete Personen erfasst werden.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektstruktur ist bereinigt, die Rollen der Partner und die Prozessabläufe sind geklärt. Eine erste Erfassung von besonders gefährdeten Personen auf der Oberstufe hat stattgefunden.

Einführung neuer Berufe

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Sommer 2009 werden neue Berufe nach Grundlagen des neuen Berufsbildungsgesetzes eingeführt. Die Einführung der folgenden Berufe ist gemäss Masterplan des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie geplant:

- Agrarpraktikerin EBA / Agrarpraktiker EBA (Berufsfeld)
- Anlagenführerin EFZ / Anlagenführer EFZ [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2010]
- Automatikerin EFZ / Automatiker EFZ
- Automatikmonteurin EFZ / Automatikmonteur EFZ

- Buchhändlerin EFZ / Buchhändler EFZ
- Bühnentänzerin EFZ / Bühnentänzer EFZ
- Drucktechnologin EFZ / Drucktechnologe EFZ (Berufsfeld)
- Elektronikerin EFZ / Elektroniker EFZ
- Fachfrau Gesundheit EFZ / Fachmann Gesundheit EFZ
- Fachfrau Information und Dokumentation EFZ / Fachmann Information und Dokumentation EFZ [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2008]
- Geflügelfachfrau EFZ / Geflügelfachmann EFZ, Gemüsegärtnerin EFZ / Gemüse-gärtner EFZ, Landwirtin EFZ / Landwirt EFZ, Obstfachfrau EFZ / Obstfachmann EFZ, Weintechnologin EFZ / Weintechnologe EFZ und Winzerin EFZ / Winzer EFZ (Berufsfeld der Landwirtschaft und deren Berufe) [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2008]
- Holzbildhauerin EFZ / Holzbildhauer EFZ
- Holzhandwerkerin EFZ / Holzhandwerker EFZ (Berufsfeld)
- Hufschmiedin EFZ / Hufschmied EFZ
- Konstrukteurin EFZ / Konstrukteur EFZ
- Korb- und Flechtwerkgestalterin EFZ / Korb- und Flechtwerkgestalter EFZ
- Küferin EFZ / Küfer EFZ
- Kunststoffverarbeiterin EBA / Kunststoffverarbeiter EBA [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2008]
- Mechanikpraktikerin EBA / Mechanikpraktiker EBA
- Orthopädistin EFZ / Orthopädist EFZ
- Polymechanikerin EFZ / Polymechaniker EFZ
- Produktionsmechanikerin EFZ / Produktionsmechaniker EFZ

Stand

Im letzten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 erlässt das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT die Bildungsverordnungen und die zugehörigen Bildungspläne. Die Bildungsbewilligungen zu den neuen Berufen werden im Anschluss erteilt und die Einführungsveranstaltungen, welche in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt geplant und organisiert wurden, finden im ersten und zweiten Quartal 2009 statt.

Nächste Schritte

Die Lehrbetriebe werden zu den neuen Berufen beraten, falls dies notwendig ist.

Ziel bis Ende Jahr

Die Lehrbetriebe sind zu den neuen beruflichen Grundbildungen informiert. Die Bildungsbewilligungen sind erteilt. Die Zahl der Lehrstellen bleibt in den betroffenen Berufen trotz Reformen mindestens konstant.

Umsetzung der Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung BWV

[Zurück zur Übersicht](#) Die Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Sie muss innerhalb der nächsten Jahre umgesetzt werden.

Stand

Fast alle notwendigen rechtlichen Grundlagen sind erstellt. Die Zusammenführung der Berufsfachschulen ist auf gutem Weg.

Nächste Schritte

Es wird ein Reglement für die Berufsfachschule erarbeitet. Die Höhe der Gebühren, Tarife, der Schul- und Kursgelder wird vom Regierungsrat überprüft und neu festgelegt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Umsetzungsarbeiten sind abgeschlossen.

Einführung der Qualicarte zur Dokumentation der Qualitätsentwicklung in den Lehrbetrieben

[Zurück zur Übersicht](#)

In der Zentralschweiz wurde zur Dokumentation der Qualitätsentwicklung in den Lehrbetrieben die Qualitätskarte entwickelt. Sie wurde im Kanton Uri seit zwei Jahren eingesetzt in Lehrmeisterkursen, bei Betriebsbesuchen und bei Lehrbetriebsberatungen. Die Karte wurde auf nationaler Ebene weiterentwickelt. Sie liegt nun als Qualicarte vor: www.qualicarte.ch.

Stand

Das BBT hat die Karte als Methode zur Qualitätssicherung in Lehrbetrieben zugelassen. Mit der Qualicarte wurden weitere Hilfsmittel entwickelt wie Handbuch, elektronisches Evaluationstool und Workshops. Ein Einführungskonzept liegt vor. Die Einführung soll regional koordiniert in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt erfolgen. Im Verlaufe des Jahres 2008 hat das Amt für Berufsbildung und Mittelschulen ein Implementierungskonzept erarbeitet.

Nächste Schritte

Die Karte wird schrittweise eingeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Einführung der Qualicarte hat begonnen.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Interaktive Berufswahlplattform auf berufsberatung.ch

[Zurück zur Übersicht](#)

Das nationale Portal www.berufsberatung.ch wird zu einer interaktiven Plattform für die Berufswahl ausgebaut. Mit verschiedenen neuen Online-Werkzeugen werden Jugendliche durch den Berufswahlprozess begleitet, Eltern unterstützt und Lehrpersonen auf Unterrichtsmaterialien hingewiesen. Der Ausbau wird in Form eines Pilotprojekts bis 2009 realisiert. Das neue Instrument wird kantonsspezifisch adaptierbar sein.

Stand

Im Kanton Uri wurde vor 3 Jahren der Urner Berufswahl-Pass eingeführt. Dieses Hilfsmittel hat sich grundsätzlich bewährt, es muss aber dringend überarbeitet werden. In einer ersten Phase wurde eine zentralschweizerische Zusammenarbeit angestrebt. Die Realisierung eines nationalen Projekts mit kantonalen oder regionalen Adaptionen bietet nun Schülerinnen und Schülern ganz neue Möglichkeiten zur Planung und zum Nachweis von Berufswahlaktivitäten. Geplant sind auch ein so genanntes "Logbuch", welches dem bisherigen Berufswahl-Pass entspricht sowie spezifische Webseiten für die Lehrkräfte mit Hinweisen zum Berufswahlunterricht enthält. Weiter gibt es ein Remindermail-System, das die Berufsberatungen der Kantone nutzen können, um den Jugendlichen, deren Eltern und Lehrpersonen regelmässige Inputs im Verlauf des Berufswahlprozesses zukommen zu lassen.

Nächste Schritte

Nach Abschluss der Pilotphase werden in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen der Zentralschweiz die kantonsspezifischen Adaptionen vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Die Vorbereitungsarbeiten für eine Kooperation mit der nationalen Berufswahlplattform sind gemacht. Eine Printversion des Berufswahldossiers ist vorbereitet.

Sportförderung

Umsetzung J+S-Kids in Schulen und Vereinen

Nach der erfolgreichen Pilotphase von J+S-Kids von August bis Dezember 2008 hat das Bundesparlament den Kredit für die definitive Einführung per 1. Januar 2009 genehmigt. Somit kann J+S-Kids als Förderungsprogramm für 5- bis 10-Jährige flächendeckend für die meisten J+S-Sportarten in den Vereinen eingeführt werden. Die bereits laufenden J+S-Kids-Pilotaktivitäten in den Urner Schulen werden durch das Urner J+S-Kids-Expertenteam betreut und begleitet.

Stand

Der Kanton Uri hat bis Ende 2008 in drei eigenen Kursen 67 interessierte Personen als J+S-Kids-Leiter/innen ausgebildet. Die meisten von ihnen bekunden Interesse, in einem J+S-Kids-Angebot in ihren Vereinen aktiv zu werden. Zehn Anmeldungen für dieses Kindersportförderungsprogramm liegen bereits vor. Bei den Schulen ist die Primarschule Attinghausen als erste Urner Schule erfolgreich mit einem freiwilligen Angebot gestartet.

Nächste Schritte

Die Abteilung Sport wird dafür besorgt sein, dass alle interessierten J+S-Leiterpersonen eine verkürzte J+S-Kids-Ausbildung bei ihrem Sportverband besuchen können, da die Einführungsphase Ende 2009 enden wird. Im November 2009 wird zusätzlich ein letzter Urner Sammelkurs angeboten, bevor im Jahr 2010 die definitiven Ausbildungsstrukturen mit 6-tägigen J+S-Kids-Leiterkursen eingeführt werden.

Ziel bis Ende Jahr

Alle Sportvereine und Schulen können sich bei J+S-Kids anmelden und von den Förderungsmaßnahmen profitieren. In der Region werden für das Jahr 2009 genügend Ausbildungsplätze angeboten. Die Kursplanung für 2010 mit den angepassten Inhalten und der längeren Kursdauer ist erstellt.

Neues Konzept Erwachsenensport im Kanton Uri

Das Sportkonzept des Bundes sieht vor, den Erwachsenensport in der Schweiz neu zu konzeptionieren. Das Bundesamt für Sport wurde mit der Umsetzung beauftragt. Die Kantone sind dabei die wichtigsten Partner des Bundesamtes. Bereits bestehende Partner wie "Pro Senectute" im Seniorsport soll dabei auf allen Stufen miteinbezogen werden. In Magglingen wird die Kaderausbildung zentralisiert angeboten. Die Kantone koordinieren den Bedarf an Kursen und Angeboten in verschiedenen Sportarten und mit verschiedenen Partnern. Der Anteil der inaktiven Schweizer Bevölkerung soll durch diese gezielten Massnahmen verringert werden.

Stand

Der Kanton Uri wird nach den Vorgaben des Bundes ein kantonales Konzept für die Erwachsenensportförderung erstellen. Der Projektauftrag wurde seitens der Bildungs- und Kulturdirektion der Abteilung Sport erteilt. Entsprechende Vorarbeiten wurden bereits geleistet.

Nächste Schritte

Die Abteilung Sport wird eine breit abgestützte Projektgruppe bilden. Die Personalfindung wurde an die Hand genommen. Die Projektgruppe wird ein Konzept erarbeiten.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektgruppe Erwachsenensport Uri legt bis Ende des Jahres 2009 der Bildungs- und Kulturdirektion ein konkretes Konzept zur Vernehmlassung vor.

Kulturförderung

Weiterführung von Programmvereinbarungen mit Urner Kulturbetrieben

[Zurück zur Übersicht](#)

Die finanzielle Unterstützung grösserer Urner Kulturbetriebe und Museen erfolgt jeweils durch Landrats- oder Regierungsratsbeschlüsse (Verpflichtungskredite, wiederkehrende RR-Beiträge aus dem Lotteriefonds). Die Aufgaben der privaten Betriebe im öffentlichen Interesse werden mit jährlichen Bilanz- und Entwicklungsgesprächen überprüft (Controllingberichte zu den Leistungsvereinbarungen).

Stand

Mit verschiedenen Kulturbetrieben bestehen Leistungsvereinbarungen, die periodisch erneuert werden müssen. Im Jahr 2008 abgeschlossen wurde die Leistungsvereinbarungen für das Historische Museum Uri (2009 - 2012) und der privatrechtlichen Kunst- und Kulturstiftung Heinrich Danioth (2010 - 2013).

Nächste Schritte

Folgende Vorlagen sind für die Beschlussfassung vorzubereiten:

- *RR-Antrag* auf Ende März 2009: Kantonsbeitrag (2010-2013) an die jährlichen Betriebskosten des Haus der Volksmusik in Altdorf.
- *LR-Session 17*. Juni 2009: Kantonsbeitrag (2010-2013) an die Betriebskosten des Theater(uri), Ende April im Regierungsrat.
- *RR-Antrag* auf Mitte Juni 2009: Kantonsbeitrag (2010-2013) an die jährlichen Betriebskosten des Haus für Kunst Uri in Altdorf.
- *RR-Antrag* auf Mitte Juni 2009: Kantonsbeitrag an die jährlichen Betriebskosten des Kellertheaters Vogelsang für die Spielsaison 2009/2010 bis 2012/2014.

Ziel bis Ende Jahr

Die Weiterführungsbeschlüsse zur Unterstützung der Urner Kulturbetriebe theater(uri), Haus der Volksmusik, Haus für Kunst Uri, Kellertheater Vogelsang - liegen bis Ende Jahr vor.

Weiterführung der Kinderschutzkampagne zur Prävention von sexueller Gewalt an Kindern

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Jahre 2007 führte der Kanton Uri die nationale Präventionskampagne "Keine sexuelle Gewalt an Kindern" durch. Alle 42 Schulkassen der 3./4. Klasse besuchten den Lernparcours "Mein Körper gehört mir", rund 25 Unterstufenklassen in 12 Gemeinden besuchten das interaktive Kindertheater "Mein Körper gehört mir!". Ergänzend wurden drei Elternabende, vier Lehrerweiterbildungsnachmittage und ein Fachkurs für das Animationsteam durchgeführt. Die am 20.09.2006 von Landrätin Annalise Russi eingereichte parlamentarische Empfehlung zur Aufklärung über die Gefahren des Internet-Chattens wurde an den Schulen (5.-9. Klasse) umgesetzt. Das Echo war positiv (siehe [Schlussbericht](#)).

Stand

Mit RRB Nr. 547 vom 9. September 2008 beschloss der Regierungsrat die Weiterführung der Kinderschutzkampagne im Jahre 2009. Zudem bewilligte er einen Beitrag an den Ankauf der Wanderausstellung. Die Verträge mit Kinderschutz Schweiz (Ankauf, Durchführung 2009) und dem Didaktischen Zentrum Uri (Ausleihbetrieb der Wanderausstellung) sind abgeschlossen.

Nächste Schritte

Die Bildungs- und Kulturdirektion organisiert zwischen 12. September und 3. Oktober 2009 zum zweiten Mal die Kampagne "Mein Körper gehört mir!" für alle 3. und 4. Primarklassen im Kanton Uri. Die Fachstelle Kinderschutz Uri führt für die Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen und die Klassenführungen durch.

Ziel bis Ende Jahr

Alle 3. und 4. Primarklassen haben die Ausstellung "Mein Körper gehört mir!" besucht, die Lehrer- und Elterneinführungen (Medien- und Öffentlichkeitsarbeit) wurden durchgeführt. Der Ausleihbetrieb der Wanderausstellung für die Kantone Uri, Ob- und Nidwalden wird durch das Didaktische Zentrum Uri koordiniert und ist eingespielt.

Erarbeiten von rechtlichen Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat verabschiedete am 26. Mai 2008 den Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zu einem kinder- und jugendpolitischen Leitbild. Der Regierungsrat hält in seinem Bericht Folgendes fest:

"Der Regierungsrat will, dass sich Uri zu einem ausgesprochen familien-, kinder- und jugendfreundlichen Kanton entwickelt. Die zentrale Erziehungsverantwortung tragen Eltern und Erziehungsberechtigte. Dem nahen Erziehungsumfeld und den Gemeinden kommt eine Hauptrolle zu. Der Kanton unterstützt Gemeinden und private Institutionen und übernimmt auch eigene Aufgaben."

Als eine der konkreten Massnahmen will der Regierungsrat in der Legislatur 2008 bis 2012 prüfen, ob neue rechtliche Grundlagen für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik zu erarbeiten sind.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Geschäftsleitung beschlossen. Mit dem Projekt soll die Notwendigkeit rechtlicher Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung vertieft geprüft werden. Es soll

geklärt werden, ob und was allenfalls auf Verfassungs-, Gesetzes- und Verordnungsstufe geregelt werden soll. Die Aufgaben, die Abgrenzung und die Rolle der Erziehungsberechtigten, der privaten Träger, der Gemeinden und des Kantons sollen geklärt sein.

Nächste Schritte

Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) setzt eine breit abgestützte Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Berichts ein (bis Ende Juni 2009).

Ziel bis Ende Jahr

Die Arbeitsgruppe "Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendförderung" ist eingesetzt und hat die Arbeit aufgenommen. Es ist entschieden, ob rechtliche Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung erarbeitet werden oder nicht.

Ausbau der Kundendatenbank

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Jahre 2007 konnte die Kundendatenbank mit zwei PC-Stationen im öffentlich zugänglichen Recherchebereich eingerichtet werden. Strenge Sicherheitsvorkehrungen mussten getroffen werden, um das Eindringen Unbefugter in die Kerndatenbank zu verhindern. Bis Ende 2008 wurden die Ton-Protokolle des Landrates und die Findmittel sämtlicher inventarisierter Privatbestände sowie der Akten des Ancien Régime und der Helvetik aufgeschaltet. Vor Ort steht nun den Archivbenutzerinnen und Archivbenutzern im Bereich der Privatbestände und des alten sowie helvetischen Archivbestandes neben der analogen (Karteikarten) eine digitale Recherchier-Möglichkeit mit all ihren zusätzlichen Angeboten (Volltextsuche etc.) zur Verfügung. Die Findmittel stehen im pdf-Format auch auf der Website des Staatsarchivs zur Verfügung.

Im Jahre 2009 soll nun mit den Vorbereitungsarbeiten zur Aufschaltung der inventarisierten staatlichen Akten ab 1803 begonnen werden.

Ein wichtiger Hinweis: Die Einsicht in die Findmittel bedeutet nicht automatisch die unbeschränkte Möglichkeit der Einsichtnahme in die Unterlagen selbst. Datenschutzgesetz und Archivreglement behalten ihre volle Gültigkeit.

Stand

Am 1. Januar 2009 ist nur ein sehr kleiner Teil der in den letzten Jahrzehnten inventarisierten staatlichen Bestände digital erfasst. Wohl ca. 90 % der ca. 30'000 analogen Inventarkarten müssen digital nacherfasst werden.

Nächste Schritte

Im Laufe des Jahres 2009 sollen im Bereich der inventarisierten staatlichen Akten die Bestandessignaturen R-100/101/102/120/150 und 151 digital nacherfasst, in die Datenbankstruktur (Thesaurus) eingefügt und zur digitalen Veröffentlichung vorbereitet werden. Der Archivplan findet sich im [Internet](#).

Ziel bis Ende Jahr

Bis Ende 2009 sollen die inventarisierten staatlichen Akten der Bestandessignaturen R-100/101/102/120/150 und 151 digital und online den Kunden zur Verfügung stehen.

Records Management im Rahmen der GEKO

[Zurück zur Übersicht](#)

Damit die Geschäftskontrolle umgesetzt werden kann, müssen auf der Ebene der Direktionen einheitliche Registraturpläne erarbeitet werden. Gleichzeitig wird die Aktenablage gesichert. Im Rahmen dieser Arbeiten wird das 2008 aufgrund der neuen Sachlage suspendierte Projekt "Erfassung und Bewertung digitaler Anwendungen in der kantonalen Verwaltung" wieder aktiviert. Die dauerhafte Archivierung von Unterlagen aus elektronischen Systemen ist nach wie vor weltweit noch nicht gelöst. Überall werden Pilotprojekte durchgeführt, um Erfahrungen zu sammeln. Im Rahmen der auf nationaler Ebene eingerichteten "Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen" (KOST) ist das Staatsarchiv Uri an solchen Vorabklärungen beteiligt. Die erfassten digitalen Anwendungen sollen im Jahre 2009 grundsätzlich auf ihre Archivwürdigkeit hin bewertet werden. In einem zweiten Schritt wird dann entschieden, was analog und was digital dauerhaft zu sichern ist. Für die dauerhaft zu sichernden digitalen Unterlagen gilt es dann, die für eine Langzeit-Archivierung tauglichen Formate gemäss dem auf nationaler Ebene 2008 erarbeiteten Format-Katalog festzulegen. Bereits diese Vorphase wird ansatzweise aufzei-

gen, welche zusätzlichen Ressourcenbedürfnisse bei der Sicherung digitaler Daten gegenüber den traditionellen analogen Überlieferungen anfallen werden. Es ist heute allgemein anerkannt, dass die dauerhafte Sicherung digitaler Unterlagen in jeder Beziehung wesentlich aufwändiger sein wird, als jene analoger Unterlagen. Aus diesem Grunde ist das kantonale Informatik-Leitbild von Regierungsrat auch dahingehend angepasst worden, dass grössere Informatikprojekte Antworten auf die Fragen betreffend Langzeit-Archivierung enthalten müssen.

Stand

Im Zusammenhang mit der Einführung der GEKO Konsul hat sich die Situation im Laufe des Jahres 2008 verändert und zu einer Konzeptänderung geführt: die Erfassung der digitalen Anwendungen soll im Rahmen der neu zu erstellenden Registraturpläne für die Direktionen 2009 erfolgen. Die Direktionen haben dem Staatsarchiv die Registraturplan-Verantwortlichen 2008 gemeldet.

Nächste Schritte

2009 beginnen die direktions-individuellen Arbeiten an den Registraturplänen.

Ziel bis Ende Jahr

Das Staatsarchiv hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis Ende 2009 diese direktorialen Registraturpläne erstellt sind. Gleichzeitig sollten die digitalen Anwendungen erfasst und bewertet sein. Die einzelnen Direktionen bestimmen durch ihre Mitarbeit weitgehend den Arbeitsfortschritt.

Ablösung alter Videoformate

[Zurück zur Übersicht](#)

Die alten Videoformate SVHS, VHS, MC, Spulentonbänder verschwinden allmählich bzw. sind materialimmanent gefährdet. Der Zeithorizont beträgt noch höchstens 10 Jahre. Die Formate müssen - zumindest für eine Übergangsphase - auf DVDs oder CDs konvertiert werden. Die endgültige Lösung werden Massenspeicher sein, aber diese sind im Moment noch nicht operabel bzw. uns noch nicht zugänglich.

Stand

2008 wurde ein generelles Konversionsprogramm erarbeitet und mit einem Testlauf gestartet. Die Vorbereitungen sind damit soweit getroffen, dass mit der konkreten Umsetzung begonnen werden kann. Die Projektdauer wird sich über 5 bis 7 Jahre erstrecken.

Nächste Schritte

Im Jahre 2009 soll die 1. Tranche der Realisierung erfolgen. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Mittel. Spezielle Kundenwünsche (z. B. Schweizer Fernsehen und Filmfestival Altdorf) werden berücksichtigt.

Ziel bis Ende Jahr

Umsetzung der Konversion im finanziell geplanten Rahmen der 1. Tranche.